

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Ulrich Oehme, Markus
Frohnmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/20073 –**

Post-COVID-19-Strategie zur Konzeptionierung, Neuausrichtung und Umsetzung einer nachhaltigen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Afrika

A. Problem

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass seit den 1960er Jahren insgesamt mehr als 2,9 Billionen US-Dollar (USD) von Industrieländern für Entwicklungshilfe aufgebracht worden seien. Die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten würden mehr als die Hälfte der öffentlichen Mittel zur Verfügung stellen; Deutschland sei im Jahr 2018 mit 25 Milliarden USD der größte Geber gewesen. Diese enormen Aufwendungen hätten nach Einschätzung der Antragsteller keine signifikante Wirkung auf die Entwicklung der afrikanischen Länder gehabt, sondern im Gegenteil nur Abhängigkeiten geschaffen und eine endogene Entwicklung Afrikas verhindert.

Die aktuelle Fixierung auf die Corona-Pandemie in Afrika überdecke nach Auffassung der Antragsteller die strukturellen Ursachen für die wirklichen Probleme des afrikanischen Kontinents; zudem würden viele der getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu massiven Kollateralschäden in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung und die allgemeine Gesundheit führen, wie zum Beispiel das Aussetzen von allgemeinen Schutzimpfungen. Die Corona-Krise könnte aus Sicht der Antragsteller als Chance genutzt werden, ein neues Modell der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu etablieren, um unter Wahrung der deutschen Wirtschaftsinteressen eine „endogene Transformation“ in den Bereichen Industrialisierung, Energieversorgung und Infrastruktur in Afrika zu ermöglichen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20073 abzulehnen.

Berlin, den 16. September 2020

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Dr. Georg Kippels
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Olaf in der Beek
Berichterstatter

Eva-Maria Schreiber
Berichterstatterin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Georg Kippels, Dr. Sascha Raabe, Dietmar Friedhoff, Olaf in der Beek, Eva-Maria Schreiber und Uwe Kekeritz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/20073** in seiner 167. Sitzung am 19. Juni 2020 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur alleinigen Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, alle Neuzusagen der deutschen und europäischen EZ mit und in Afrika einzufrieren und die der Agenda 2063 der afrikanischen Staaten zuwiderlaufenden Post-Cotonou Verhandlungen sowie alle Marshallpläne und weitere staatlichen Initiativen zu stoppen.

Stattdessen solle sich die Bundesregierung für einen wirtschaftlich orientierten Austausch einsetzen, um für die deutsche Wirtschaft den afrikanischen Kontinent als Absatzmarkt für Technologietransfer zu erschließen. Damit solle eine nachhaltige Resilienz der afrikanischen Staaten aufgebaut und deren Abhängigkeit von Entwicklungshilfe entgegengewirkt werden.

Schließlich sollen sämtliche Maßnahmen und Projekte, die der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit afrikanischen Partnerländern dienen, im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gebündelt werden.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 19/20073 in seiner 59. Sitzung am 16. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** erinnert, dass die Corona-Pandemie den afrikanischen Kontinent vor enorme Aufgaben stelle. Man müsse an das Problem so herangehen, dass man sich frage, was nach der Pandemie komme und wie man den afrikanischen Kontinent zukünftig bei der Wertschöpfung und Teilhabe unterstützen wolle. Man hätte in den letzten Wochen und Monaten immer wieder über Lieferketten und ein Lieferkettengesetz gesprochen, was ihrer Auffassung nach nicht zielführend wäre, denn hierbei gehe es gerade nicht um Wertschöpfung und Teilhabe. Man selbst wolle das anders angehen, und darum habe man in diesem Antrag die Stärkung des afrikanischen Binnenmarktes im Auge, was im Übrigen auch das Ziel der Agenda 2063 der Afrikaner selber sei. Man müsse alles tun, um die Industrialisierung, die Energieversorgung und die Infrastruktur in Afrika schnellstmöglich sicherzustellen. Darüber hinaus sollte man nach dem Motto „Regional, National, Kontinental“ verfahren. Die Produkte sollten wertschöpfend in Afrika selbst produziert und weiterverarbeitet werden. Heute würden beispielsweise 80 Prozent der in Afrika angebauten Baumwolle unbehandelt exportiert. Über China, Indien und die Türkei gelange diese Baumwolle dann als Fertigprodukt nach Europa und danach als recyceltes T-Shirt wieder zurück zum afrikanischen Kontinent. Der Ansatz der Fraktion der AfD ziele auf Industrialisierung, damit die Afrikaner beispielsweise im Bereich Baumwolle selber Wertschöpfung betreiben und damit ihren eigenen Binnenmarkt voranbringen könnten. Insofern müsse man die falsche Entwicklungspolitik der Bundesregierung endlich dahingehend verändern, dass man nicht mehr entwicklungspolitisch arbeite, sondern die wirtschaftliche Zusammenarbeit forciere. Unter Entwicklung verstehe man das Entwickeln von Fertigkeiten und Fähigkeiten, um selbstständig und selbstverantwortlich leben und arbeiten zu können. Kernanliegen des Antrages sei es darum, dass Afrika endlich an seinen eigenen Rohstoffen teilhaben und in den Genuss seines eigenen Reichtums kommen könne.

Die Fraktion der CDU/CSU hebt hervor, dass dieser Antrag ein erneuter Beleg dafür sei, dass die AfD zur Frage der Entwicklungspolitik, die sie immer abfällig „Entwicklungshilfe“ nenne, ein vollkommen anderes Verhältnis als die breite Mehrheit im Hause habe. Man selbst versuche, durch eine systematische Zusammenarbeit die Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme u. a. auf dem afrikanischen Kontinent zu einer entsprechenden Resilienz und zu einer eigenständigen Existenzfähigkeit zu führen. Bezeichnenderweise finde sich in diesem Antrag kein Hinweis auf wichtige Aspekte wie Bildung, Gesundheit, Ernährung, Schutz von Menschenrechten. Dabei müsse man nicht nur die historische Herkunft der afrikanischen Länder in Rechnung stellen, sondern auch berücksichtigen, dass die 54 Länder auf dem afrikanischen Kontinent eine ganz andere Struktur als die im Antrag vergleichsweise herangezogenen asiatischen Länder mit zentraler Regierungsführung hätten. Nach Einschätzung der Fraktion der CDU/CSU sollte man Afrika nicht als Opfer wahrnehmen, aber auch nicht als Außenstelle der deutschen Wirtschaft betrachten. Wenn man die eigenständige gesellschaftliche Entwicklung, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Ernährung unterstütze, sei das sehr gut investiertes Geld im Sinne der Staatengemeinschaft und der Menschheit. Man werde diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** weist darauf hin, dass man zu den Ausführungen des Koalitionspartners nichts hinzuzufügen habe. Gerade bei der Forderung, die staatlichen Neuzusagen mit Afrika einzufrieren, könne man weder Vernunft noch Anstand erkennen. Dieses Ansinnen sei in der Zeit von Corona und deren sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen fahrlässig, denn gerade jetzt müsse den Menschen geholfen werden. Daher lehne man diesen Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** betont, wenn man an den Antrag so herangehe, dass man schaue, was am Ende herauskomme, dann gelange man zu der Vermutung, dass der Antragsteller die Fluchtursachen gar nicht bekämpfen wolle, sondern selbige schaffe, um damit ein bestimmtes Narrativ aufrechterhalten zu können. Da lohne sich keine ernsthafte Debatte, und insofern lehne die Fraktion der FDP den Antrag ab.

Die **Fraktion DIE LINKE** wendet ein, dass die Antragsteller die Pandemie als Ausgangspunkt dafür nehmen würden, um die EZ mit Afrika grundsätzlich zu hinterfragen und zu beenden. Die Fraktion der AfD fordere ein Drei-Säulen-Modell, das auf der endogenen afrikanischen Entwicklung und deutschen Interessen fuße, wonach afrikanische Länder Rohstoffe liefern sollten. Auf diesem Wege könne die wirtschaftliche Abhängigkeit nicht abgeschafft werden. Außerdem spiele die Verantwortung Deutschlands und transnationaler Unternehmen bei Menschenrechtsverletzungen, Ausbeutung und der Vertiefung von Abhängigkeiten im Antrag keine Rolle. Diese Forderungen entsprächen einer Wiederauflage kolonialer Strukturen. Zudem fehle die Betrachtung der Rolle westlicher Regierungen und transnationaler Konzerne im Zuge der Globalisierung. Freihandelsabkommen, Abkommen zur Doppelbesteuerung und zur internationalen Steuerhinterziehung spielten bei den Antragstellern keine Rolle. Es fehle ferner eine Einschätzung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Man könne letztlich kein wirkliches Interesse an gesundheitsbezogener EZ erkennen, um die geschwächten Gesundheitssysteme vor dem Zusammenbruch zu retten, und deshalb lehne die Fraktion DIE LINKE den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstreicht die bereits vorgetragene Kritik der anderen Fraktionen. Dieser Antrag sei ein Beleg dafür, dass sich die Fraktion der AfD mit Entwicklungspolitik nicht ernsthaft auseinandergesetzt hätte. Der Antragsteller argumentiere, dass seit 1960 ungefähr drei Billionen USD in die EZ geflossen seien. Man differenziere hierbei nicht, was davon Kredite und was Humanitäre Hilfe (HH) wäre, und damit verbreite man „alternative Fakten für Deutschland“. Als Quelle werde u.a. das Robert-Schuman-Institut in Paris angegeben, ohne dass man deren Texte vorher gelesen habe. Man beziehe sich ferner auf Professor Felwine Sarr, der im „Standard“ etwas über Afrika geschrieben habe, und dieser Artikel sei in der Tat lesenswert, denn er fordere zum Beispiel Visa-Erleichterungen für Afrikanerinnen und Afrikaner und die Rückgabe von Kulturgütern. Davon findet sich aber leider nichts in Ihrem Antrag wieder. Dann beziehe man sich auf die „Süddeutsche Zeitung“, und in einem dort veröffentlichten Interview mit Bundesminister Dr. Gerd Müller werde erklärt, warum 5,50 Euro nicht ausreichen würden, um in Afrika die Pandemie zu bewältigen. Stattdessen wolle die AfD alle Neuzusagen in der Entwicklungszusammenarbeit einfrieren. Beim Thema Wertschöpfungsketten in Afrika empfehle man paradoxerweise, die Zusammenarbeit einzustellen, ebenso die Verhandlungen zum Post Cotonou Abkommen zu beenden. Das sei alles nicht nachvollziehbar, und darum werde man den Antrag ablehnen.

Berlin, den 16. September 2020

Dr. Georg Kippels
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

Olaf in der Beek
Berichterstatter

Eva-Maria Schreiber
Berichterstatterin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

